

# **NIEDERSCHRIFT**

## **über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom Dienstag, 31. März 2009**

---

---

Sitzungsleiter: Bürgermeister Brilmayer  
Schriftführer/in: Bumann, König, Napieralla, Pfleger

Anwesend waren stellvertr. Bgm. Ried und Riedl, die Stadträtinnen Anhalt, Bachmeier, Gruber, Dr. Luther, Platzer, Rauscher, Schmidberger, Schurer, Warg-Portenlänger und Will, sowie die Stadträte Abinger, Brilmayer F., Gietl, Goldner, Heilbrunner, Schechner, Schedo, Schuder, Dr. Schulte-Langforth und Zwingler.

Entschuldigt fehlten die Stadträte Lachner und Mühlfenzl.

Herr Bumann, Herr König, Herr Napieralla und Frau Pfleger nahmen beratend an der Sitzung teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

---

*Es wurden keine Bürgeranfragen vorgetragen.*

### **TOP 1**

#### **2. Novellierung des Flächennutzungsplanes (FNP)**

- Entwicklung der Ortsteile
  - Darstellung künftiger gewerblicher Bauflächen
- 

öffentlich

Der Bundesgesetzgeber ordnet mit Hilfe der Bauleitplanung die städtebauliche Entwicklung. Das Baugesetzbuch geht im Grundsatz von der Zweistufigkeit der Bauleitplanung aus. Die beiden Instrumente, auf die die Stadt bei der Gestaltung und Umsetzung ihrer städtebaulichen Ideen zurückgreifen kann, sind der Flächennutzungsplan als vorbereitender Bauleitplan und der Bebauungsplan als verbindlicher Bauleitplan.

Der Flächennutzungsplan als erste Stufe im zweistufigen System gibt in groben Zügen die Nutzungsabsichten für sämtliche Grundstücke im Gemeindegebiet für die nächsten 10 bis 15 Jahre vor. Er setzt den Rahmen, aus dem heraus der Bebauungsplan für ein eng umgrenztes Teilgebiet der Stadt rechtsverbindliche Festsetzungen treffen kann.

Der Flächennutzungsplan ist das Planungsinstrument, mit dem die Stadt ihre flächenbezogenen Planungen koordinieren, ihre wichtigsten Standortentscheidungen darstellen und gleichzeitig der Öffentlichkeit einschließlich den Bürgern, den Behörden, sonstigen Trägern öffentlicher Belange und den Unternehmen der Privatwirtschaft ihr räumliches Gesamtkonzept anschaulich vermitteln kann.

Im Dezember 2006 hat der Stadtrat formell die 2. Novellierung des rechtskräftigen Flächennutzungsplanes aus dem Jahr 1998 beschlossen. Im Frühjahr und Sommer 2007 fanden sowohl eine Bürgerwerkstatt als auch verschiedene Veranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen statt, wo Vorstellungen und Wünsche der Bürger im Hinblick auf die künftige Entwicklung der Stadt zusammengetragen wurden.

Der Stadtrat nahm diese Anregungen auf und verabschiedete im September 2007 Grundsatzbeschlüsse für die zukünftige städtebauliche Entwicklung. Die Beschlüsse dienen als Vorgaben für die weitere Bearbeitung des Planwerks.

Folgende Leitlinien sind im Rahmen der Novellierung demnach zu beachten:

- Angenommene Bevölkerungszunahme von 0,5 bis 1 % pro Jahr,
- eine der Bevölkerungsentwicklung angepasste Wohnbauflächenentwicklung,
- Innenentwicklung durch Nutzung von Brachflächen und Ausschöpfen von Nachverdichtungspotentialen vor einer Neuausweisung von Bauflächen,
- bei Bedarf vorrangige Nutzung der bestehenden Entwicklungspotentiale,
- Beachtung der infrastrukturellen Erfordernisse im Rahmen der Siedlungsentwicklung,
- Siedlungsentwicklung grundsätzlich im Kernort Ebersberg,
- vorrangig Eigenentwicklung in den Ortsteilen mit Ausnahme in Langwied,
- Erarbeitung eines Fuß- und Radwegekonzeptes sowie
- Festlegung eines Standorts für ein neues Sportgelände.

Die komplexe Aufgabenstellung der Novellierung des bestehenden Flächennutzungsplans wird thematisch aufbereitet und dem Technischen Ausschuss vorgestellt. Dieser verabschiedet Empfehlungen, die der Stadtrat als Entwurf zu beschließen hat. Die bedeutendsten Themen sind:

- Entwicklung der Ortsteile,
- Wohnbauflächenentwicklung,
- Entwicklung gewerblicher Bauflächen,
- Standortsuche für eine neue Sportanlage,
- Innenstadtentwicklung.

Am 21.10.2008 sowie am 09.12.2008 hat der TA über die Entwicklung der Ortsteile beraten und am 17.03.2009 wurde über die gewerbliche Entwicklung diskutiert. Anschließend sprach dieser jeweils seine Empfehlung an den Stadtrat aus. Die weiteren Themen werden im Laufe des Jahres 2009 zur Bearbeitung anstehen.

Bezüglich der künftigen Entwicklung der Ortsteile empfiehlt der Technische Ausschuss folgende planerische Vorgehensweise:

- Oberndorf und Gmaind waren bisher schon ausgewiesen und sind aufgrund ihrer Lage, Entwicklung oder Geschichte als eigenständige Siedlungen zu betrachten. Diese Ortsteile sollen zukünftig weiterhin als Bauflächen im FNP dargestellt werden.
- Rinding, Hörmannsdorf und Traxl werden von der Unteren Baurechtsbehörde des Landratsamtes als im Zusammenhang bebaut angesehen und eventuelle Bauvorhaben sind dort nach heutiger Auffassung zulässig, wenn sie sich einfügen. Eine Darstellung vollzieht somit lediglich die herrschenden Realitäten. Ruhensdorf weist eine im Zusammenhang stehende Bebauung von einigem "Gewicht" auf, so dass der Charakter eines Ortes sichtbar ist. Zudem wird der Ortsteil in Kürze an die Kanalisation angeschlossen und die Entwicklung der Vergangenheit lässt auch hier einen Bebauungszusammenhang entstehen.
- Alle übrigen Ortsteile sind als Außenbereich zu werten und sind folglich als landwirtschaftliche Fläche darzustellen.

Der Planer des Planungsverbandes ermittelte den möglichen Einwohnerzuwachs innerhalb der dargestellten Siedlungsflächen. Diese werden in der Regel als Dorfgebiet (MD) bzw. in einigen Fällen als allgemeines Wohngebiet (WA) dargestellt. Die Abgrenzung wurde so vorgenommen dass im Wesentlichen nur Grundstücke innerhalb des im Zusammenhang bebauten Bereichs einbezogen wurden.

Die Ermittlung eines möglichen Einwohnerzuwachses erfolgte unter folgenden Kriterien: Für die ermittelten Flächen wird in den Dorfgebieten (MD) eine durchschnittliche Baudichte von GFZ 0,40 angenommen, im Wohngebiet wird eine durchschnittliche Baudichte von GFZ 0,60 angenommen. Dies ergibt die „Brutto-Geschoßfläche“ (BGF). Der mögliche Einwohnerzuwachs errechnet sich aus einem durchschnittlichen (angenommenen) Flächenbedarf von 50 m<sup>2</sup> BGF je Einwohner. Für gemischte Bauflächen (MD) wurde ein Wohnanteil von 70 % abgenommen.

Hierbei sind nicht erfasst und damit auch nicht mitgerechnet die möglichen Umnutzungen landwirtschaftlicher Hofstellen sowie häufig mögliche Verdichtungen im bebauten Bereich.

Bei dieser Vorgehensweise ergeben sich folgende zukünftige Einwohnerpotentiale:

Ortschaft	unbebaute Fläche:	Größe	Dichte	BGF	Einwohner
Oberndorf	WA	0,87 ha	0,60	5.220 m <sup>2</sup>	104 EW
	MD (Dorfgebiet)	0,54 ha	0,40	1.512 m <sup>2</sup>	30 EW
Oberndorf ges.		1,41 ha	-----	6.732 m <sup>2</sup>	134 EW
Gmaind	MD (Dorfgebiet)	1,06 ha	0,40	2.968 m <sup>2</sup>	59 EW
Hörmannsdorf	MD (Dorfgebiet)	0,55 ha	0,40	1.540 m <sup>2</sup>	31 EW
	Gemeinbedarf	0,59 ha			
Hörmannsdorf ges.		1,14 ha	-----	1.540 m <sup>2</sup>	-----
Rinding	MD (Dorfgebiet)	1,14 ha	0,40	3.192 m <sup>2</sup>	64 EW
Ruhensdorf	MD (Dorfgebiet)	0,22 ha	0,40	616 m <sup>2</sup>	12 EW
Traxl	MD (Dorfgebiet)	1,01 ha	0,40	2.828 m <sup>2</sup>	57 EW
gesamt	unbebaute Fläche	5,98 ha	-----	17.876 m <sup>2</sup>	357 EW

Die Darstellung einer Baufläche im Flächennutzungsplan bedeutet nicht automatisch, dass ein Vorhaben dort zulässig ist. Vielmehr muss sich ein Vorhaben nach § 34 BauGB „innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen.“ Ebenso muss die Erschließung gesichert sein. Alternativ kann mit Hilfe eines Bebauungsplanes die künftige Bebauung gesteuert werden, ohne dass der Flächennutzungsplan hierfür noch angepasst werden muss. Dadurch hat die Stadt die Möglichkeit mit Hilfe von Bebauungsplänen und dem Erlass einer Veränderungssperre steuernd in die künftige städtebauliche Entwicklung dieser Stadtteile einzugreifen.

Dennoch ist es sicherlich nicht sinnvoll, alle Ortsteile im FNP als Bauflächen darzustellen, da Bauvorhaben ansonsten als „sonstige Vorhaben“ nach § 35 BauGB unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen werden können.

Die Außenbereichslückenfüllungssatzungen nach § 35 BauGB sind in den Ortsteilen, die als im Zusammenhang bebaut angesehen werden obsolet geworden oder zwischenzeitlich vertraglich erfüllt worden. In allen anderen Ortsteilen mit solchen Satzungen gelten diese weiter.

Die städtischen Gewerbegebiete haben sich der Vergangenheit einerseits großflächig im Norden entlang der Anzinger Siedlung und andererseits im Osten in Langwied entwickelt. Die bisher im Flächennutzungsplan ausgewiesene gewerbliche Baufläche (GE) beträgt ca. 22,0 ha.

Von den ausgewiesenen Gewerbegebieten sind unbebaut und damit als Potential anzusetzen:

-	im Gewerbegebiet an der Anzinger Siedlung (ehemal. Sondergebiet Baumarkt)	ca. 1,1 ha
-	im Bereich des Gewerbepark Nordost (im Nordosten des Geländes)	ca. 0,2 ha
-	im Gewerbegebiet Langwied	ca. 0,4 ha
<hr/>		
	unbebaut gesamt	ca. 1,7 ha

Die Potentialfläche von ca. 1,7 ha ist jedoch in dieser Größenordnung nicht mehr umsetzbar. Zum einen wird das Sondergebiet Baumarkt gerade umgeplant und ein Investor möchte sich

dort ansiedeln. Ebenso kann die Fläche im Bereich des Gewerbepark Nordost langfristig nicht mehr als Potential angesehen werden, da hier ebenso Entwicklungen angedacht sind. Somit ergibt sich ein Bedarf an einer Neuausweisung von gewerblichen Bauflächen. Die Stadt Ebersberg in ihrer Funktion als Mittelzentrum hat die Aufgabe langfristig gewerbliche Bauflächen bereitzustellen, um somit den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen nachzukommen.

Mögliche Neuausweisungen im Flächennutzungsplan:

- Fläche östlich der Staatsstraße 2080, nördlich des Gewerbepark Nordost (auch Teilbereiche wären möglich) insg. ca. 12,8 ha (Hierbei wären mögliche Trassenvarianten einer Ostumfahrung Ebersbergs zu berücksichtigen)
  - unbebaute Fläche westlich Reischl (westlich der 19. FNP-Änderung) ca. 0,8 ha
- 
- mögliche Ausweisungsf lächen insgesamt ca. 13,6 ha

Beide Flächen befinden sich im Norden des Stadtgebietes und schließen sich an bestehende gewerbliche Bauflächen an. Die Vorteile einer weiteren gewerblichen Entwicklung an dieser Stelle sind zum einen der günstigen verkehrlichen Erschließung und zum anderen in der landschaftsverträglichen Einfügung in den Siedlungskörper zu sehen. Die Bauflächen werden über die Staatsstraße 2080 nach Norden an die Autobahn A 94 angeschlossen, so dass künftige zusätzliche Mehrverkehre, unabhängig vom Bau einer Nord-Süd-Umgehung Ebersberg, nicht die Stadt und die Innenstadt frequentieren.

Die kleine Fläche im Westen arrondiert die bestehende Gewerbefläche im Osten zum Landschaftsschutzgebiet und ein FNP-Änderungsverfahren ist bereits im Verfahren. Die Baufläche im Osten war vor längerer Zeit schon einmal Gegenstand der Planung. Hier sind mit mehreren Grundeigentümern Gespräche zu führen. Die weitere Entwicklung kann allerdings flexibel erfolgen und ist nicht unbedingt von der Verkaufsbereitschaft einzelner abhängig.

Die Mitglieder des Technischen Ausschusses empfehlen dem Stadtrat einstimmig die beiden vorgestellten Gewerbeflächen im Rahmen der Novellierung neu aufzunehmen und darzustellen.

Die nachfolgende Diskussion thematisierte die Ausweisung der gewerblichen Bauflächen. Die Sprecherin der Grünen wies auf den hier bestehenden Widerspruch zu den Vorgaben des Landkreises hin. Ebenso müsse das Naturkapital mehr Beachtung finden. Sie könne der Empfehlung des Ausschusses deswegen nicht folgen.

Bürgermeister Brilmayer verteidigte die Ausweisung neuer Gewerbeflächen im Hinblick auf die Landschaftsverträglichkeit an dieser Stelle und verwies auf die wirtschaftliche Notwendigkeit dieser Darstellung. Auch sei es vernünftiger, bestehende Flächen weiterzuentwickeln als neue Gebiete zu erschließen. Die Vertreter der anderen Fraktionen schlossen sich dieser Meinung an.

Weitere Mitglieder der Fraktion der Grünen wollten nur bei Bedarf gewerbliche Bauflächen ausweisen und sahen in der Ausweisung dieser Fläche keine Garantie andere Darstellungen dieser Art zu verhindern. Vertreter anderer Parteien vertraten die Auffassung, dass das Votum in dieser Sache die städtebauliche Entwicklung dahingehend bindet. Der Bürgermeister schlug eine nach Themen getrennte Abstimmung vor.

*Der Stadtrat stimmte geschlossen mit 23 : 0 Stimmen der Empfehlung des Technischen Ausschusses zu, die Ortsteile wie vorgestellt darzustellen. Den vorgeschlagenen Ausweisungen der gewerblichen Bauflächen wurde mit 19 : 4 Stimmen zugestimmt.*

## TOP 2

### Beschluss über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2009 samt Anlagen

---

öffentlich

Eingangs fasste Bürgermeister Brilmayer kurz das Beratungsergebnis des vorangegangenen Finanz- und Verwaltungsausschusses vom 10.03.2009 zusammen.

Weiter gab er einen kurzen Bericht hinsichtlich der Entwicklung der Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen für die Stadt und teilte mit, dass in den Vorberatungen grundsätzlich die einzelnen Haushaltsstellen besprochen wurden und dass dem Stadtrat eine einstimmige Beschlussfassungsempfehlung für den Haushalt 2009 vorliegt.

Hinsichtlich einer weiteren Entschlammung des Kumpfmühlweiher führte Bürgermeister Brilmayer sinngemäß aus:

Grundsätzlich sei die Maßnahme zwar sinnvoll. Aber eine zusätzliche Entschlammung in der jetzt laufenden Bauphase zu integrieren, sei bautechnisch, zeitlich und nur mit einem zusätzlichen und unverhältnismäßig immens großen Kostenaufwand möglich. Dies wurde auch durch das Stadtbauamt (Tiefbau) nach weiteren Überprüfungen, einschließlich einer schriftlichen Stellungnahme durch die ausführende Baufirma, bestätigt. Insgesamt würde dann sogar die mögliche Fertigstellung Ende 2009 gefährdet sein.

Ebenso schwierig seien die naturschutzrechtlichen Belange jahreszeitlich (Vegetation der Tier- und Pflanzenwelt) in das Großprojekt einzuschließen, was ebenfalls nochmals überprüft wurde.

Anmerkung:

Ohne Gegenrede oder Widerspruch nahm das Stadtratsgremium die Ausführungen zur Kenntnis und war einverstanden, keine zusätzliche Entschlammung des Kumpfmühlweiher auszuführen.

Zum Gesamthaushalt 2009 führte Stadtkämmerer Napieralla anschließend Folgendes aus:

Der vorliegende Haushaltsplan 2009 wurde Ihnen mit der Ladung am 23.03.2009 zugesandt. Er beinhaltet: Satzung, Vorbericht, Kurzerläuterungen und Gesamtpläne. Als Anlagen waren beigefügt: Stellenplan, Schulden- und Rücklagenübersicht, Übersicht der dauernden Leistungsfähigkeit, Diagramme, Haushaltsquerschnitt, Finanzpläne, Gruppierungsübersichten, Investitionsplanung und ein Deckungsvermerk.

Der Haushaltsentwurf wurde am 10.03.2009 im Finanz- und Verwaltungsausschuss ausführlich vorberaten und wurde Ihnen dort einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen. Diese Empfehlung ist mit der Maßgabe verbunden, am Jahresende wieder einen evtl. verbleibenden Sollüberschuss der Rücklage zuzuführen.

Die nicht im Haushalt enthaltenen Mittelanforderungen, konnten Sie auf Seite 9 im Vorbericht als Positionsliste zusammengefasst sehen. **(Anlage 1)**

Ebenso sind vorerst folgende drei (3) Maßnahmen, nicht im Haushalt enthalten:

1. energetische Sanierung Schulen,
2. energetische Sanierung Hallenbad und die
3. energetische Sanierung der Restfläche des ehemaligen Gesundheitsamtes;  
(gemeint ist die Fläche, die nicht für Kinderbetreuungseinrichtungen vorgesehen ist)

Diese drei Maßnahmen könnten aus jetziger Sicht für das „Konjunkturpaket II“ passen. Den entsprechenden Antrag für Schule und Hallenbad haben wir heute pünktlich bei der Regierung von Oberbayern abgegeben.

Ob und mit welchen Sanierungsmaßnahmen wir im Konjunkturpaket Berücksichtigung finden, kann heute nicht gesagt werden. Wie viele andere Gemeinden auch, können wir derzeit nur hoffen. Sollten wir eine Förderungszusage aus dem Konjunkturpaket erhalten, ist schon jetzt für 2009 mit einem Nachtragshaushalt zu rechnen.

In der Haushaltsvorberatung am 10.03.2009 hatte sich das FiVA-Gremium auch mit der Frage zu beschäftigen, wie die damals noch vorliegende Differenzsumme von € 810.500 geschlossen werden soll.

Einvernehmlich einigte sich der Ausschuss auf folgende Ansatzveränderungen im Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushalt: Sehen Sie bitte hierzu Seite 12 im Vorbericht (**Anlage 2**).

Der Haushalt 2009 schließt nunmehr im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von jeweils € 21.656.700 und im Vermögenshaushalt mit jeweils € 12.071.600. Dies entspricht einer Gesamtsumme von € 33.728.300 und ist somit um über 3,7 Mio. Euro höher als der sogenannte Rekordhaushalt 2008.

Für Wasser- und Kanalinvestitionen sind im Haushalt 2009 rentierliche Kreditaufnahmen in Höhe von € 1.422.600 und für ein Grundstücksgeschäft für ein zukünftiges Bauland für Einheimische in Höhe von € 995.100 geplant.

Einschließlich der geplanten Kredittilgungen würde sich demnach der Gesamtschuldenstand in 2009 von ca. € 9,0 Mio. auf 10,9 Mio. erhöhen (nur rentierliche Schulden im Gebührenbereich bzw. Bauland für Einheimische). (**Anlage 3**)

Der Rücklagenstand der Stadt würde sich nach dem vorliegenden Haushalt von ca. € 5,7 Mio. auf ca. € 2,2 Mio. verringern. Hierbei ist aber auf zwei Punkte hinzuweisen:

#### **Punkt 1: vorsorgende Rücklagenbildung**

Heuer ist eine RL-Entnahme von € 1.000.000 für mögliche Gewerbesteuerrückerstattungen bzw. entsprechende Einnahmeanpassungen vorgesehen - und es ist eine weitere RL-Entnahme von € 900.000 für die Bezahlung der Kreisumlage 2009 von insgesamt € 5.690.000 (2008 € 4,9 Mio.) veranschlagt.

#### **Punkt 2: geplante und tatsächliche Rücklagenentnahme**

Wie in den vergangenen Jahren, wurden auch heuer dem Grunde nach alle Mittelanforderungen aus der Stadtverwaltung im Verwaltungs- wie auch Vermögenshaushalt eingestellt. Das bedeutete für den Haushaltsplaner auf der anderen Seite (so heuer auch), dass zu den einzelnen Investitionsmaßnahmen auch Rücklagenentnahmen, soweit welche vorhanden waren, veranschlagt wurden. Kapazitäts- bzw. abrechnungsmäßig konnten aber die Vorhaben in der Vergangenheit nicht immer erbracht werden, sodass am Ende des Haushaltsjahres der Rücklagenendstand dann doch ein anderer war, als wie ursprünglich geplant (**Anlage 4**).

Zu den Einnahmen: Einkommensteuerbeteiligung, Grunderwerbssteuer, Gewerbesteuerentnahme (Gewerbesteuerumlage), Kreisumlage sowie Grundsteuer A u. B wurde **Anlage 5** erläutert.

Zu der Zuführung an den Vermögenshaushalt und zu der Zuführung vom Vermögenshaushalt wurde u. a. Folgendes ausgeführt:

Nach § 22 Abs. 1 KommHV muss die gesetzliche Mindestzuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt mindestens so hoch wie alle im Vermögenshaushalt pflichtgemäß zu erbringenden Darlehenstilgungsleistungen sein. Diese zu erbringenden Tilgungsleistungen betragen heuer im Gesamtansatz € 533.000. Dieser Pflichtzuführungsbetrag wird in der Haushaltsstelle 910.860 in Höhe von € 2.301.200 erbracht. Dies bedeutet eine sogenannte „freie Spitze“ von € 1.768.200 (**Anlage 6**).

Damit jedoch der Verwaltungshaushalt 2009 ausgeglichen werden konnte, ist dieses Jahr eine Zuführung in Höhe von € 1.900.000 vom Vermögenshaushalt in den Verwaltungshaushalt vorgesehen. Dieser Zuführungsbetrag „in die falsche Richtung“ ist heuer gerechtfertigt und verständlich, nachdem für die schon vorher bekannte, relativ hohe, Kreisumlage 2009 bereits in den vergangenen Haushaltsjahren 2007 und 2008 eine „Sonderrücklage“ in Höhe von € 900.000 angesammelt wurde.

Der gleiche Sachverhalt liegt für die heuer zu erwartenden Gewerbesteuerzurückstellungen vor. Hier wurden noch mit dem Rechnungsabschluss 2008 zu der bereits bestehenden RL-Summe von € 380.000 zusätzlich € 620.000 (jetzt gesamt € 1.000.000) der Rücklage zugeführt.

Wie Sie dem Vorbericht entnehmen konnten, konnte mit dieser Vorgehensweise -Dank Ihrer Beschlüsse bei den letztjährigen Haushaltsplanaufstellungen- heuer ein Haushaltsausgleich hergestellt werden.

Nach der Finanzplanung sind folgende Zuführungsbeträge vom VerwHH in den VermHH vorgesehen: 2009 € 2.301.200, 2010 € 1.263.500, 2011 € 1.300.100 und 2012 € 1.257.700. Damit wären die Mindestzuführungsbeträge und somit die dauernde Leistungsfähigkeit auch weiterhin erreicht.

Weiter wurden noch besondere Positionen anhand einer Einzelplandarstellung des Gesamthaushalts dargestellt (**Anlage 7**)

Abschließend führte Herr Napieralla aus:

In den vergangenen beiden Jahren hatte ich immer mitgeteilt, die Finanzen der Stadt stehen auf gesunden Beinen. Diese Aussage stimmt auch noch zum jetzigen Zeitpunkt bzw. am heutigen Tage. Heute sind die städtischen Steuereinnahmen nach der Haushaltsplanung 2009 noch stabil. Aber wir wissen nicht was auf Grund der bestehenden Finanz- und Wirtschaftskrise morgen auf uns zukommt. An dieser Stelle ist an das katastrophale Haushaltsjahr 2003 (Haushaltssperre) zu erinnern.

Wir nehmen die aktuellen, „nicht positiv stimmenden“, Konjunktur- und Wirtschaftstendenzen ernst und versuchen weiterhin Vorsorge zu betreiben; überprüfen weiterhin im laufenden Betrieb auch die kleinen Ausgaben und fragen nach, warum dieses oder jenes angeschafft wurde. Heute und morgen mit den Steuergeldern der Bürgerinnen und Bürger der Stadt vernünftig und sachgerecht umzugehen, sollte jedoch nicht heißen, von jetzt auf gleich Vieles einzustellen.

Wichtig erscheint mir nur, und da stimmen Sie mir sicherlich zu, dass es in der Vergangenheit finanzpolitisch richtig war, Sicherheiten und finanzielle Vorsorge zu schaffen, sodass wir auch in schwierigeren Zeiten freiwillige Leistungen aufrecht erhalten können.

Zum Schluss bitte ich Sie -wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen-, die vorliegende Haushaltssatzung 2009, sowie den Haushaltsplan 2009 (mit Finanz- und Investitionsplanung) und allen sonstigen Anlagen zu beschließen. Der Beschluss sollte -ebenso wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen- mit der Maßgabe verbunden sein, einen evtl. Sollüberschuss am Jahresende 2009 der Rücklage zuzuführen.

Für die Stadtratsfraktion der CSU führte Stadträtin Dr. Luther u. a. Folgendes sinngemäß aus:

- der Haushalt 2009 könnte unter der Überschrift stehen „die fetten Jahre sind vorbei“
- der Wirtschaftsabschwung und somit die rückläufigen Steuereinnahmen kommt/kommen schneller als erwartet
- so könnte das mit den noch sehr guten Steuereinnahmen abgeschlossene Haushaltsjahr 2008 als „Bescherung“ bezeichnet werden
- selbst ein äußerst kostenbewusster und vernünftiger Stadtrat kann mit seinen Entscheidungen an der derzeit vorliegenden negativen wirtschaftlichen Großwetterlage

nicht vorbei; dies zeigen auch Einzelgespräche mit steuerzahlenden Ebersberger Gewerbetreibenden

- sicherlich wird steuereinnahmemäßig keine „Hungersnot“ ausbrechen, man wird aber „magere Jahre“ erleben
- gut, dass man in Ebersberg in der Vergangenheit solide gewirtschaftet hat, sodass man den Haushalt 2009 noch ohne großartiges Streichen, Schieben bzw. Hebesatz verändern oder Gebühren erhöhen aufstellen konnte
- es wird immer noch erheblich investiert, z. B.: Hochwasserfreilegung, Fertigstellung Familienbad, Ausbau und Inbetriebnahme des Bürgerhaus Dachgeschoßes usw.
- ausdrücklich müsse man darauf hinweisen, dass durch die zweifelsohne vorliegende Finanz- und Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Steuer-Einnahmerückgänge, insbesondere wenn diese Phase länger andauert, große städtische Investitionsmaßnahmen hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Ausführung bzw. Baubeginns ggf. gegeneinander abgewogen werden müssten (stehen die Maßnahmen in Konkurrenz zueinander ?); ggf. seien dann auch schmerzliche Einschnitte anzudenken

dies könnte bei einer sich zum „Faß ohne Boden“ ergebenden Kostenentwicklung des Bahnsteigzugangs West im Vergleich zur Notwendigkeit der Sanierung des Schulhauses Baldestraße/Hallenbad, oder Investitionen für Kinderbetreuung, Sanierung Gesundheitsamt, Sportanlagenerweiterung etc. der Fall sein

- in den vorher genannten Beispielen sollte man „ehrlich“ und nicht „blauäugig“ sein, wenn so dermaßen schwerwiegende und negative wirtschaftliche Veränderungen im Raum stünden
- in Sachen „Rücklagen“ fiel auf, dass es ein besorgniserregendes Zeichen sei, am Jahresende verbleibende Sollüberschüsse vorsorglich immer nur für zukünftige Kreisumlagen oder Gewerbesteuererrückerstattungen zu sichern und nicht für bauliche Investitionsmaßnahmen der RL zuzuführen.

Abschließend bedankte sich Stadträtin Dr. Luther bei allen Beteiligten, die geholfen haben den Haushalt 2008 aufzustellen.

Für die Stadtratsfraktion der SPD führte Stadträtin Schurer u. a. Folgendes sinngemäß aus:

- auch im Ebersberger Stadthaushalt 2009 sind die vorauswerfenden Schatten der Finanz- und Wirtschaftskrise zu erkennen
- man kann derzeit keine eindeutige finanzpolitische Klarheit über für die kommenden Jahre haben bzw. diese konkret abschätzen
- es wird sich zeigen, ob die vom Bund für den Freistaat Bayern zur Verfügung gestellte Konjunkturlagehilfe von ca. 1,9 Mrd. für eine wirtschaftliche Stabilisierung ausreichend ist
- wie sich die konkrete Finanzverteilung im sog. Konjunkturpaket für Kommunen gestaltet, erscheint schon jetzt „relativ schwammig“
- Dank des soliden städtischen Wirtschaftens konnte für die anstehende Erstattung der Kreisumlage vorgesorgt werden
- heute scheint eine Prognose sicher zu sein, dass der zukünftige Hebesatz der Kreisumlage weiter steigen wird; dieser lag vor ein paar Jahren noch bei 48 - heuer schon bei 52%
- auch die Umstellung der bisherigen kameralen Buchführung auf das sogenannte Neue Kommunale Finanzmodell Bayern - NKFB/Doppik wird Ressourcenverbrauch hinsichtlich Personal- und Sachkostenaufwand bedeuten
- konkret ist aber festzuhalten, dass beispielsweise die Ausgaben: DG-Ausbau Bürgerhaus, Umbau des ehemaligen Gesundheitsamts für Kinderbetreuung, der kommenden Waldkindergarten und insbesondere Investitionen für die Erwachsenenbildung (alte Molkerei/VHS) „gut angelegtes Geld sei“



- auch auf die Stadt zukommende Kosten/Folgekosten durch die Sanierung der Schulen, Hallenbad, Gesamtsanierung ehemaliges Gesundheitsamt oder Innenstadtentwicklung sind von Bedeutung und sind zu stemmen
- im Falle durch die vorliegende Wirtschaftskrise nötige Abwägung von städtischen Großmaßnahmen sollte nicht der Bahnsteigzugang West als erstes gestrichen bzw. hinterfragt werden -
- vielmehr sei kritisch zu prüfen, ob weiterhin ein zukünftiger Innenausbau des Stadtsaals, hin zu einem „philharmonieähnlichen“ Konzertsaal für 600 Besucher, geplant und umgesetzt werden soll – dies sei überzogen
- finanziell gesehen wird weiterhin mit Verantwortung im besonderem Maße, nachhaltig, vorsichtig und vorausschauend gewirtschaftet werden müssen

Abschließend bedankte sich Stadträtin Schurer bei allen Beteiligten, die geholfen haben den Haushalt 2008 aufzustellen

Für die Stadtratsfraktion der UWG führte Stadtrat Gietl u. a. Folgendes sinngemäß aus:

- aller Voraussicht nach werden die kommenden Jahre hinsichtlich ihrer negativen finanziellen Auswirkungen auf die Stadt weit schwerwiegender und länger andauernder sein, als es der Abschwung 2003/2004 war
- man steht auch in Ebersberg vor einer ordentlichen Krise bzw. Rezession
- auch wird durch steigende Arbeitslosigkeit die Kaufkraft der Gesellschaft, dadurch die Umsätze der Gewerbetreibenden und somit auch die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt erheblich sinken
- man könne nur „von Glück“ sprechen, dass in den vergangenen Jahres gute Steuereinnahmen zu verzeichnen waren und somit auch Vorsorge getroffen werden konnte
- dennoch wird diese Vorsorgereserve nicht ausreichen, ohne Blessuren die aufziehende Finanz- und Konjunkturkrise zu überstehen
- die Stadt wird sparen müssen
- für die Zukunft stimme aber u. a. optimistisch, dass die Stadt bis dato keine unrentierlichen Schulden angehäuft habe
- der Haushalt für 2009 sei insgesamt solide aufgestellt

Abschließend bedankte sich Stadtrat Gietl bei allen Beteiligten, die geholfen haben den Haushalt 2008 aufzustellen.

Für die Stadtratsfraktion der Grünen führte Stadträtin Will u. a. Folgendes sinngemäß aus:

- grundsätzlich schließe man sich den Vorrednern an
- man wüsste, dass man nicht in die Schuldenfalle tappen dürfe und man werde dies auch sicherlich nicht tun
- ausdrücklich wurde versichert, dass man sich der finanziellen Verantwortung für die Zukunft bewusst sei
- hinsichtlich der Energiesituation sollte man insbesondere den Eigenverbrauch der städtischen Liegenschaft stärker als bisher beobachten und versuchen, diesen zu reduzieren
- es wäre deshalb für zukünftige Haushalte wünschenswert, auch den eigenen Energieverbrauch statistisch darzustellen
- ebenso wäre es wünschenswert, in künftigen Haushalten einen %-tuen Ansatz von den Gesamtausgaben für energetische Sanierungen einzustellen
- auch wenn die Ansätze der einen oder anderen Energieverbrauchs-Haushaltsstelle zu hoch veranschlagt seien, wäre der Haushalt insgesamt solide aufgestellt

Abschließend bedankte sich Stadträtin Will bei allen Beteiligten, die geholfen haben den Haushalt 2008 aufzustellen.

Aus der Mitte des Ausschusses wurden noch folgende Anmerkungen gemacht bzw. Fragen gestellt und von der Verwaltung beantwortet:

- Rücklagenentnahmen
- Energieverbrauch für die Schule Floßmannstraße
- Energetische Sanierung für das Schulhaus Oberndorf
- Konjunkturpakete II

Hier wurde von Herrn König der städtische Antrag auf Zuwendungen für die energetische Sanierung der Schule Baldestraße mit Hallenbad dargestellt.

Es wurde auch dargestellt, dass keine Anspruchsgrundlage bestehe für das ehemalige Gesundheitsamt eine Zuwendung zur energetischen Sanierung zu erhalten

Stadtrat Schechner teilte mit, dass er in Anbetracht der schon allseits erkennbaren gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise die im Haushalt eingestellten Kosten für den Stadtsaalausbau ablehne, der Stadtsaalausbau deshalb vorerst „aufgeschoben“ werden solle. Er stellte deshalb den Antrag, dass über den Mittelansatz für 2009 in Höhe von € 800.000 für die einzelne Haushaltsstelle 840.987M542 (1. Teilsumme für den Stadtsaalausbau) abgestimmt werde.

Mehrheitlich mit 21 : 2 Stimmen beschloss der Stadtrat den o. g. Haushaltsansatz, 1. Teilsumme für den Beginn des Stadtsaalausbaus, (so wie jetzt eingestellt) zu belassen und keine Änderung vorzunehmen. Der Antrag von Stadtrat Schechner war somit abgelehnt.

Nach einer abschließenden Diskussion beschloss der Stadtrat einstimmig mit 23 : 0 Stimmen -wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen-, die vorliegende Haushaltssatzung 2009, sowie den Haushaltsplan 2009 (mit Finanz- und Investitionsplanung) und allen sonstigen Anlagen. Der Beschluss ist -ebenso wie vom Finanz- und Verwaltungsausschuss einstimmig empfohlen- mit der Maßgabe verbunden, einen evtl. Sollüberschuss am Jahresende 2009 der Rücklage zuzuführen.

### **TOP 3**

Aufstellen des Maibaumes in Ebersberg;  
Übernahme der Trägerschaft durch die Stadt

---

öffentlich

Am 1. Mai wird heuer wieder von der FFW Ebersberg, dem Trachtenverein und der Stadtkapelle ein Maibaum aufgestellt.

Wie schon vor 5 Jahren bitten die Vereine die Stadt die Trägerschaft für den Maibaum und die Veranstaltung zum Aufstellen zu übernehmen. Damit wird die gesetzliche Haftpflicht aus allen mit dem Maibaum verbundenen Aktionen (Transport, Auf- und Abbau, Sicherung während der Standzeit etc.) in den Versicherungsschutz der Kommunalen Haftpflicht eingeschlossen. Sofern die Stadt dann wiederum einen Vertreter der Vereine mit den entsprechenden Arbeiten beauftragt, sind auch die in diesen Vereinen organisierten Helfer als „besonders Beauftragte“ versichert.

Der Stadtrat beschloss einstimmig mit 23 : 0 Stimmen, die Trägerschaft für den Maibaum zu übernehmen und die Vereinsvorsitzenden mit den entsprechenden Arbeiten zu beauftragen.

## **TOP 4**

### Strategie und Umsetzungsprogramm – Unabhängigkeit von fossilen und endlichen Energieträgern

öffentlich

Im November 2008 beantragte die Fraktion der Grünen die Erstellung eines Strategie- und Umsetzungsprogrammes für die Stadt mit dem Ziel bis zum Jahr 2030 unabhängig von fossilen und endlichen Energieträgern zu werden.

Die einzelnen im Antrag enthaltenen möglichen Inhaltspunkte eines solchen Aktionsprogrammes wurden in der Sitzung des Umweltausschusses am 03.02.09 im Detail besprochen. Die Verwaltung hatte zu jedem Punkt die bisher umgesetzten oder eingeleiteten Maßnahmen zusammengestellt. Die rechtlichen Möglichkeiten zur Verwirklichung einzelner Vorschläge wurden dargestellt. Dies wurde vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Die Fraktion der Grünen bat darüber hinaus, die Entscheidung des Kreistages, bis 2030 unabhängig von endlichen und fossilen Energieträgern zu werden, beschlussmäßig auch für die Stadt Ebersberg mitzutragen

Der Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss fasste den entsprechenden Beschluss einstimmig. Er soll nunmehr durch den Stadtrat bekräftigt werden.

Der Stadtrat fasste einstimmig mit 23 : 0 Stimmen folgenden Beschluss:

1. Die Stadt steht zu dem Ziel, bis zum Jahr 2030 unabhängig von fossilen und endlichen Energieträgern zu werden.
2. Jährlich ist dem Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses ein Sachstandsbericht vorzulegen.

## **TOP 5**

### Verschiedenes

öffentlich

Bürgermeister Brilmayer informierte das Gremium über den Sendestart des Radiosenders Hitwelle Ebersberg am 07. Mai 2009.

## **TOP 6**

### Wünsche und Anfragen

öffentlich

Stadträtin Schurer erkundigte sich nach dem Sachstand zur Vermietung und Nutzung der Weinstube im Bürgerhaus.

Bürgermeister Brilmayer erklärte, dass bereits Gespräche mit den Pächtern der Gastronomie stattgefunden hätten, und dass zu verschiedenen Details noch Klärungsbedarf bestehe. Bei einem Ortstermin in der kommenden Woche werde wiederum versucht, eine für beide Seiten tragbare Lösung der schwierigen Situation zu finden.

Stadträtin Will wies darauf hin, dass die vor nicht allzu langer Zeit an verschiedenen Stellen in der Stadt direkt auf dem Straßenbelag aufgebrachten Geschwindigkeitsbeschränkungen bereits wieder verblassen bzw. abbröckeln. Sie bat dies auszubessern und evtl. Garantieansprüche zu prüfen.

Stadträtin Anhalt berichtete, dass nach ihren Erkundigungen die Sicherheit in den Ebersberger Schulbussen gewährleistet sei. Sie seien nicht überbelegt und die Fahrzeuge würden vierteljährlich durch den TÜV überprüft.

Lediglich der Bus von Ebersberg zum Gymnasium in Kirchseeon sei überfüllt.

Bürgermeister Brilmayer erklärte, dass dieser Bus in der Zuständigkeit des Landratsamtes liege. Seines Wissens würde er jedoch verstärkt von Schülern genutzt, die für ihren Schulweg eigentlich die S-Bahn benutzen könnten und sollten.

## **TOP 7**

### Verabschiedung von Bauamtsleiter Fritz Deierling

öffentlich

Der Leiter des städtischen Bauamtes, Herr Fritz Deierling, tritt am 01.04.09 die Freistellungsphase der Altersteilzeit an.

Bürgermeister Brilmayer würdigte die über 45jährige Tätigkeit Deierlings für die Stadt, hob seine Kompetenz, seine Loyalität und seine Zuverlässigkeit hervor, und überreichte ihm als Dank und Anerkennung die große Goldmünze der Stadt und eine Geschenk.

Die Vorsitzenden aller Stadtratsfraktionen schlossen sich den Dankesworten an.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 21.45 Uhr

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Brilmayer  
Sitzungsleiter

Bumann  
Schriftführer (TOP 1)

Napieralla  
Schriftführer (TOP 2)

Pfleger  
Schriftführerin (TOP 3-7)